

**HESSISCHER LANDTAG****Änderungsantrag**21.01.2021  
HHA**Fraktion der AfD**

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021) in der Fassung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Haushaltsausschusses  
Drucksache 20/4214 zu Drucksache 20/3978

Inhalt des Antrags: **Deutliche Erhöhung der Geldmittel für psychologische Unterstützung**

Einzelplan **04** Hessisches Kultusministerium

Der Landtag wolle beschließen:

Zu Kapitel 04 52 Staatliche Schulaufsicht  
Buchungskreis: 2312

Zwischenbehördliche Leistung 38  
Nr. lt. Leistungsplan

Bezeichnung lt. Leistungsplan Psychologische Unterstützung

<u>Leistungsplan:</u>	Veränderung		
	von	um	auf
	<b>Beträge in 1.000 EUR</b>		
<b>Gesamtkosten</b>	15.906,7	+ 15.000,0	30.906,7
<b>Eigene Erlöse</b>	15.906,7	+ 15.000,0	30.906,7

**Der Wirtschaftsplan und der kamerale Haushalt sind entsprechend anzupassen.**

**Begründung des Änderungsantrags:**

Laut einer DAK-Studie (November 2019) hat fast jeder vierte Schüler in Deutschland mit psychischen Problemen zu kämpfen. Des Weiteren ist bekannt, dass die Berufsgruppe der Lehrer ebenfalls überproportional von psychischen und psychosomatischen Krankheiten betroffen ist.

Bei Zugrundelegung einer durchschnittlichen Betreuungsquote von ca. 1.100 Schülern pro Schulpsychologen sowie unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Art und Größe der Schulen ergibt sich für die AfD-Fraktion ein Bedarf von insgesamt 755 Schulpsychologen. Folglich sehen wir die Notwendigkeit den Mittelansatz in Zukunft um bis zu 30 Mio. Euro zu erhöhen. Im Jahr 2021 sollen zunächst 15 Mio. Euro mehr für die Gewinnung zusätzlicher Schulpsychologen aufgewendet werden. Der weitere Ausbau der psychologischen Unterstützung wird an das Ergebnis einer wissenschaftlichen Evaluation geknüpft.

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass zur Zielgruppe der Schulpsychologen auch die an der jeweiligen Schule tätigen Lehrer gehören. Die finale Verteilung der Schulpsychologenstellen im Hinblick auf präventive Vorortmaßnahmen ist dabei am tatsächlichen Bedarf vor Ort auszurichten.

Wiesbaden, 21.01.2021

Für die Fraktion  
der AfD  
Der Fraktionsvorsitzende:

**Robert Lambrou**